

Handwerkstag fordert Plan B Blaue Plakette nur mit Ausnahmen denkbar

1 **Stuttgart. Heute diskutierte die Landesregierung die Einbringung eines**
2 **Gesetzesvorschlags in den Bundesrat, um eine Blaue Plakette auf Bundesebene**
3 **einzuführen. Der Baden-Württembergische Handwerkstag (BWHT) bekräftigt seine**
4 **Forderung nach Ausnahmeregelungen für den Wirtschaftsverkehr. "Wir wollen**
5 **keine Sonderbehandlung, sondern die Abfederung von Härten, die uns aufgrund**
6 **gesetzlicher Maßnahmen entstehen“, unterstrich Landeshandwerkspräsident**
7 **Rainer Reichhold.**

8 Der BWHT beharrt auf seiner Forderung nach einer achtjährigen Übergangsfrist für
9 Fahrzeuge des Handwerks ab Einführung einer solchen Blauen Plakette. Reichhold: „Wir
10 wissen, dass etwa die Hälfte aller Betriebe ihren Fuhrpark nach acht Jahren automatisch
11 gewechselt hat. Nach acht Jahren ist ein Blaue Plakette also durchaus zumutbar. Alles
12 andere wäre aus unserer Sicht jedoch nicht verhältnismäßig, weil es die Betriebe
13 übermäßig belasten würde.“

14 Die Blaue Plakette ist Teil eines Maßnahmenpakets, das bei der Fortschreibung des
15 Luftreinhalteplans des Landes für den Regierungsbezirk Stuttgart zur Diskussion steht.
16 Eine Mehrheit für eine bundesweite Einführung zeichnet sich noch nicht ab. Das
17 Bundesverkehrsministerium hat sich dagegen ausgesprochen. Reichhold befürchtet,
18 dass die juristischen Spitzfindigkeiten weitergehen und unter Umständen sehr kurzfristige
19 Maßnahmen wie etwa Fahrverbote ergriffen werden müssen. „Für diesen Fall brauchen
20 wir schon jetzt Klarheit, wo, wann, für wen und wie lange die Einschränkungen gelten
21 würden“, sagte Reichhold. Er vermisse das Durchdenken aller Eventualitäten. „Es gibt
22 keine erkennbare Strategie, wie bei solchen Fahrverboten Ausnahmen für den
23 Wirtschaftsverkehr umgesetzt werden sollen. Das lässt sich doch nicht von jetzt auf
24 nachher aus der Tasche zaubern“, monierte Reichhold. Die betroffenen
25 Handwerksbetriebe könnten sich eine solche Unsicherheit nicht leisten.

Pressemitteilung
21.02.2017